

# Rheingauer Bürgerfreund

erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
In jedem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

## Anzeiger für Oestrich-Winkel

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl  
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Faxnusnummer No. 88.

Abozinsensatzpreis pro Quartal Kr. 1.50  
= (ohne Crägerlohn oder Postgebühr.)  
Inseratenpreis pro sechspäppige Zeitseite 20 Pf.

Nr. 65

Donnerstag, den 5. Juni 1919

70. Jahrgang

### Amtlicher Teil.

#### Reisen nach den unbesetzten Gebieten.

§. B. 233. Auf Veranlassung des Herrn franz. Kreisverwalters gebe ich folgendes bekannt:

Reisen nach den unbesetzten Gebieten sind grundsätzlich verboten. Anträgen auf ausnahmeweiseerteilung von Reiseausweisen (sauf-conduits) nach den unbesetzten Gebieten kann nur in außerordentlich dringenden Fällen beim Vorliegen sehr wichtiger, geschäftlicher oder wirtschaftlicher Gründe oder in sonstigen besonders ernsten Fällen stattgegeben werden.

Derartige Anträge — ausgenommen die Anträge auf Ausreise ohne Rückkehr — sind stets besondere Unterlagen beizufügen, bestehend aus einem eingehenden Antrage und den etwas vorhandenen Belegstücken und sonstigen Unterlagen (Auskünften usw.).

Die Vorlage der Gesuche hat ausnahmslos durch Vermittlung des Bürgermeisteramtes bei dem Herrn franz. Kreisverwalter zu erfolgen, welcher Stellung zu den Anträgen nehmen muß.

Abdrücke gehen den Bürgermeisterämtern zu.

Rüdesheim a. Rh., den 31. Mai 1919.

Der Landrat.

#### Bekanntmachung über Zahlungsverkehr und Versendung von Wertpapieren.

Holgende Verfügung, die Erleichterung des Zahlungsverkehrs und Versendung von Wertpapieren betreffend, wird hiermit zu Kenntnis gebracht:

Sämtliche Zahlungsverfahren, ebenso die Versendung von Wertpapieren, Coupons etc. welche durch den genehmigten geschäftlichen Verkehr herbeigeführt werden, können von mir aus mit dem unbesetzten deutschen Gebiet zur Ausführung gebracht werden unter der Bedingung, daß es durch Vermittlung einer der von der französischen Verwaltung bestimmten Bank geschieht. Die zu diesem Zweck bis auf weiteres befähigten Banken sind:

Reichsbankstelle Wiesbaden,  
Bank für Handel und Industrie, Filiale Wiesbaden,  
Direktion der Dieconto-Gesellschaft, Zweigstelle Wiesbaden.

Die Beteiligten können sich deshalb nach freier Wahl in einer dieser 3 Banken wenden.

Le Lieutenant Colonel Pineau  
Administrateur supérieur du District de  
Wiesbaden.

Die Gemeindeförsterei Mappes-Schützenhaus in der Oberförsterei Eltville mit dem Wohnsitz in Hallgarten, Kreis Rheingau, gelangt mit dem 1. August 1919 zur Neuorganisation. Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinden Hallgarten, Hattenheim und Johannisberg sowie 48 ha Staatswald mit einer Größe von zusammen 1015 ha umfaßt, ist ein Jahreseinkommen von 1400 M., steigend von der Stellenübergabe ab von 3 zu 6 Jahren vier mal um je 200 M. dann 2 mal um je 150 M. bis zum Höchstbetrag von 2500 M. verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Nach dem harten Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 Rm. Derbholz und 100 Rm. bzw. Geldentschädigung hierfür von jährlich 200 M. bzw. 150 M. bemülligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M. bzw. 150 M. beim Ruhegehalt zu rechnen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probiedienstzeit.

Bewerbungen sind bis zum 20. Juli ds. Jrs. an die Oberförsterei Eltville zu richten.

Es wird bemerket, daß nur Bewerber mit forstlicher Fortbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Wiesbaden, den 22. Mai 1919.

Der Regierungspräsident.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

#### Die wirtschaftliche Einkreisung.

In den wirtschaftlichen Kreisen der Verbandsländer, besonders in den Vereinigten Staaten und England, beschäftigt man sich sehr eingehend mit der allgemeinen Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insbesondere mit der neuartigen Wirtschaftsstruktur, die in den Begriffen "Sozialisierung" und "Gemeinwirtschaft" ihren Ausdruck findet. Aus Zwecken an der Durchführbarkeit dieser Gedanken tönen immer wieder mehr oder minder laut eine gewisse englische Besorgnis hervor, daß das, was auf diesem Gebiet in Deutschland zu entstehen beginnt, eine Gefahr für die wirtschaftliche Struktur der Verbandsländer bedeuten könne, für die die Erhaltung des rein kapitalistischen Zustandes der Vorriegszeit gewünscht wird. Der Verfasser des Kurzaus "Europa Presse" hatte Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Graf Rauhau über diese Frage zu sprechen. Der Graf legte seine Ansichten in folgender Weise dar:

Es unterlegt für mich keinem Zweifel, daß, wie alles in der Welt, so auch die Wirtschaftsstruktur nichts Beständiges ist, sondern daß auch hier stets eine mehr oder weniger schnelle Entwicklung aus alten Formen statt findet. Daß diese Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen in der Kriegszeit besonders bei allen kriegsführenden Ländern rasche Fortschritte gemacht hat, ist bekanntlich. Alle Länder waren genötigt, sogenannte Kriegswirtschaft zu betreiben, und in allen Ländern sind durch diese Kriegswirtschaft Veränderungen in den Tatsachen und Betrieben eingetreten, von denen nicht erwartet werden kann, daß sie ohne dauernden Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur der ganzen Welt bleibent. Dazu treten besonders in Deutschland noch viele Faktoren, die durch die politische Umwälzung auch auf wirtschaftlichem Gebiet Fuß fassen können. In allen Ländern spielt sich — und das ist bezeichnend — das gleiche Kampf ab, und zwar zwischen den sogenannten Theoretikern, die an manchen Errungenschaften der gebundenen Wirtschaft festhalten wollen, und den Anhängern des freien Handels, die das Heil aller Dinge in dem sogenannten "freien Spiel der Kräfte" sehen. Ich bin der Meinung, daß die schweren Folgen der Kriegswirtschaft nicht voll übersehbar, und der nicht ihre demoralisierenden Folgeerscheinungen erkannt und besiegt zu sehen wünscht. Theoretisch haben ohne Frage diejenigen recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse in allen Ländern erwarten. Aber hatte die Welt denn in der Vorriegszeit ein freies Spiel der Kräfte, für das diese Bezeichnung im vollen Umfang richtig ist? Lag nicht gerade darin, daß durch Zollschranken und wirtschaftliche Rivalitäten dem freien Spiel der Kräfte eine nationale Kette angelegt wurde, einer der wesentlichen Gründe für die Weltkatastrophe, deren Ende der Friede von Versailles sein soll? Können sich unsere Feinde wirklich wundern, wenn die neuen Ideen der Gemeinwirtschaft und Sozialisierung gerade besonders stark in Deutschland Wurzeln gesetzt haben, wo Deutschland viel früher und in viel stärkerem Maße durch die Wladade gezwungen war, jede freie individuelle wirtschaftliche Entwicklung innerhalb seiner Landsgrenzen mehr und mehr zu unterbinden? Glauben Sie, daß das Friedensinstrument, das uns vorgelegt wurde, geeignet ist, gerade diejenigen Bestrebungen in Deutschland zu schwächen, die mit den Begriffen Sozialisierung und Gemeinwirtschaft den Versuch machen, einen neuen demokratischen Wall in die Wirtschaftsstruktur zu bringen, der die zusammengehörige Wirtschaft Deutschlands durch die straffe Organisation einer nationalen Sparwirtschaft wieder leistungsfähig machen soll? Was ist denn die Reparationskommission anders als der Protagonist Deutschland gemeinschaftlich zu organisieren? Kreisende Kontrollkommissionen soll die Entscheidung darüber zulassen, ob und wieviel Rohstoffe offene Deutschland einführen kann. Wie ist es unter einem solchen System überhaupt möglich, an die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zu denken? Welchen Credit würde, wenn die Friedensvorschläge des Verbandes sich realisieren lassen würden, der deutsche Kaufmann persönlich im Auslande haben? Was bleibt dem deutschen Volk anders übrig, als den Versuch zu machen, sich gemeinschaftlich zu organisieren, d. h. also gerade denjenigen Weg zu beschreiten, den früher die Verbandsstaaten mit dem größten Militäraum und den größten Beschränkungen in bezug auf die Folgen für ihr Land betrachteten? Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens soll in den wirtschaftlich denkenden Kreisen unserer Feinde mit dem nunmehr zusammengehörigen preußischen Militäraum verglichen werden. Eine gewisse Wahrheit liegt in diesem Vergleich, denn ohne Frage könnte eine Gefahr für den Frieden der Welt entstehen, wenn am Stelle eines nationalistischen Kapitalismus ein nationalistischer Sozialismus treten würde, wenn der Nationalismus sich als Waffe, als eine Armee eine bis aufs letzte durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde. Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Wenn Deutschland sich in der Vergangenheit infolge seiner ungünstigen geographischen Lage mit türkisch organisierte und sich deswegen das türkische Militäraum seiner Nachbarn zuzog, so sollten diejenigen, die diese schweren wirtschaftlichen Bedingungen gegen Deutschland ausgeholt haben, sich wohl der Gefahr bewußt sein, daß auch diese neuartige Politik ihre Folgen

haben muß, und daß dieser neue Druck Gegendruck erzeugt. Dann würde allerdings die neue Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur, deren Anfänge wir hier in Deutschland erleben, sich nicht in friedlicher Evolution vollziehen, sondern sie würde fraglos eine Revolution der Weltwirtschaftsanstellungen bedeuten und Zustände herbeiführen, wie sie gerade die Kapitalisten in England und Amerika, die heute die Entwicklung in Deutschland mit Mitleidenschaft betrachten, zu vermeiden wünschen.

#### Die Betriebsräte.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte ist dieser Tage veröffentlicht worden. Die darin den Betriebsräten zugewiesenen Aufgaben halten sich in dem Rahmen der die Arbeitnehmer unmittelbar berührenden wirtschaftlichen Fragen, also aller Angelegenheiten, zu welchen dieselben Beziege leisten, und aller Verhältnisse, aus welchen ihnen Rechte entspringen. Die Betriebsräte sollen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber wahrnehmen, also kurz gesagt dafür da sein, daß dem Arbeiter sein gesetzliches und tarifliches Recht innerhalb des Betriebes gesichert und er gegen Unbilligkeiten geschützt sein soll. Auf der anderen Seite ist ihnen anstrenglich auch die Aufgabe zugeschrieben, den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen, ihm durch Rat an Hand zu geben und einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung herzustellen zu helfen. Der Charakter des Betriebsrates als Betriebsausschuß, welchem es obliegt, ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzustreben, ist in der Hauptfrage gewahrt. Der Arbeitgeber soll nur verpflichtet sein, dem Betriebsrat solche Auskünfte zu erteilen — und zwar nur insofern als geschäftliche Geheimnisse hergeholt werden — welche sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft unmittelbar beziehen, zunächst auf Wunsch die Wohnbücher aufzulegen und dann auch über den Stand der vorhandenen Ausstände Auskünfte zu geben. Die Mitglieder des Betriebsrates sind jedoch zum Still schweigen verpflichtet.

Einen breiten Raum nehmen die Bestimmungen über Anstellung und Kündigung der Arbeitnehmer ein. Bei großem Umfang von solchen ist der Betriebsrat zu unterrichten und anzuhören, bei einzelnen Einstellungen und Entlassungen ist eine vom Betriebsrat ernannte Betriebsausschuß person in Kenntnis zu setzen. Ob letztere Bestimmung die Zustimmung der Industrieräte finden kann, werden die maßgebenden wirtschaftlichen Verbände zu prüfen haben, denn dieselbe ist hinsichtlich der Ausrechterhaltung der Disziplin nicht ohne schwerwiegende Bedenken, besonders für die Verhältnisse der kleineren und mittleren Betriebe. Die in der Presse wiederholt als besonders wichtig hervorgehobene Bestimmung, daß den Betriebsräten eine Einwirkung auf die kaufmännische und technische Leitung eingeräumt werden soll, ist berücksichtigt. Dagegen ist ihnen die Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen unterstellt.

Der Betriebsrat soll ferner als Vermittlungsbühne und Einigungsamt bei beabsichtigten Arbeitseinstellungen tätig werden. Hierbei wird allerdings eine Bestimmung betr. Arbeitseinstellung vielleicht auf grundsätzlichen Widerspruch in gewölbten Kreisen stoßen. Die Streitlösung wird mittelbar dadurch begünstigt, daß der Betriebsrat die offizielle Aufgabe haben soll, bei einer beabsichtigten Arbeitseinstellung eine geheimer Abstimmung der Arbeitnehmer, welche an derselben teilnehmen wollen, herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist indessen nicht zu verkennen, daß eine solche Einrichtung unüberlegte, sachlich und wirtschaftlich unbedeutende Streits durch Auflösung der heiklenporigen Elemente hinthalten und bei politischen Streits mäßigend und beruhigend einwirken kann, wenn der Betriebsrat seine Aufgabe als soziales Verbindungsgesetz in friedfertigem Sinne ausübt. Auch hier wird es Sache der wirtschaftlichen Verbände sein, durch Bekanntmachung ihrer Anschanungen und Forderungen die endgültige Gestaltung des Gesetzes entsprechend zu beeinflussen.

Bedenklich erscheint die Bestimmung, daß schon in Betrieben von 20 Arbeitnehmern ein Betriebsrat zu bilden ist, und zwar für alle Betriebe der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und des freien Berufe. Die Frage wird die gesetzgebende Körperschaft ernstlich beschäftigen müssen, ob dem Handwerk und den sonstigen Kleinbetrieben eine solche Erschwerung des Geschäftsführers nicht erspart bleiben kann und ob nicht vielmehr die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Handwerks und der Kleinbetriebe in Gemeinde-Arbeitsräte zusammenzufassen sind.

Solche Gemeindebetriebsräte für die kleineren Betriebe würden einerseits den dreigliedrigen Interessen der Arbeiterschaft völlig Genüge leisten und auf der anderen Seite würde hierdurch in den Gemeinden eine wertvolle wirtschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer geschaffen.

## Die Ministerliste der neuen Republik.

Die anonymen Ausschüsse präsentieren folgende Männer als die berufenen Vertreter der neuen Republik:  
 Dr. Dorsten, Staatsanwalt, Vorsitz.  
 Edermann, Justizrat, Justiz.  
 Dr. Klingelschmitt, Mainz, Kunst und Wissenschaft.  
 Klaus Kraemer, Wiesbaden, Oberlehrer, Kultus.  
 Krämer, Arbeiterselbstär, Volksbeauftragter.  
 Dr. Liebing, Weisenau, Amtsgerichtsrat, Finanzen.  
 Mönikes, Lachen, Inneres.  
 Mathias Salm, Landwirtschaft und Volkswohlfahrt.

## Kundgebung der vorläufigen Regierung.

Nachdem die Unterzeichneten von den Ausschüssen mit der Wahrung der Regierungsgeschäfte betraut sind, übernehmen sie hiermit die Regierungsgewalt. Die Behörden haben von den preußischen, bayerischen, hessischen und oldenburgischen Zentralregierungen keine Befehle mehr anzunehmen. Sie empfangen ihre Weisungen von der vorläufigen Regierung, die ihren Sitz im Landeshaus in Wiesbaden genommen hat. Die amtlichen Bekanntmachungen der vorläufigen Regierung sind bis auf Weiteres von sämtlichen Zeitungen zu veröffentlichen.

Dr. Dorsten, Edermann, Dr. Klingelschmitt,  
 Dr. Kraemer, A. Krämer, Liebing,  
 Mönikes, Salm.

**Elektromotoren  
Dynamos  
Ventilatoren  
Pumpen  
Transmissionen**  
für landwirtschaftliche u.  
gewerbliche Anlagen.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft,  
 f. J. Heinrich Müller  
 Ferns. 623 u. 441 Wiesbaden, Helenenstr. 26.

## Der Zucker.

Von aller Ausführungen macht sich in der Bevölkerung und in der Presse immer wieder eine Beunruhigung über angebliche Zuckerknappheit bemerkbar. Demgegenüber schreibt das Reichsnährungsministerium:

Infolge des Krieges (Arbeiterschwierigkeiten, Dürngematz, Verfehlsergebnisse, Robbenmangel) ist die deutsche Zuckererzeugung gegenüber dem Frieden etwa auf die Hälfte herabgegangen. Im laufenden Jahre ist der Rückgang besonders groß gewesen, weil sowohl die Ernte wie die Verarbeitung der angebauten Zuckerrüben durch die Folgen des Krieges stark beeinträchtigt wurde und weil die teilweise Besetzung deutschen Landes, besonders der stark zuckererzeugenden Provinz Posen, einen sehr erheblichen Ausfall an erzielbarem Zucker zur Folge hatte (Zuckererzeugung 1913—14 rund 42 Millionen Zentner, 1917—18 rund 30 Millionen Zentner, 1918—19 rund 25 Millionen Zentner.) Der Gesamtausfall des laufenden Jahres übersteigt ganz wesentlich die Ersparungen, die sich aus der Demobilisierung ergeben.

Der Verbrauch im Inland ist gegenüber Friedenszeiten nicht gefallen; er ist in einzelnen Gegendcn und Bevölkerungsreichen gestiegen. Die gleichmäßige Verteilung des Zuckers auf den Kopf der Bevölkerung bringt an vielen Stellen zur Einschränkung gegenüber dem Friedensverbrauch. Dazu kommt eine ungeheure Steigerung des Verbrauchs an Marmelade und Konfitüre infolge des Mangels an Butter, Schmalz und Margarine. Für diese Industrien sind mehr als 6 Millionen Zentner, also fast ein Viertel des gesamten Verbrauchs, zur Verfügung gestellt. Den Mehrbedarf zu befriedigen, ist in diesem Jahre leider ebensoviel möglich wie die Ausgabe von Einmachzucker. Die Rationierung an Rundzucker soll, wenn irgend möglich, aufrecht erhalten werden.

Bon Andermühwirtschaft kann keine Rede sein. Für die Herstellung von Süßigkeiten wird im Interesse der Aufrechterhaltung von 1400 Betrieben mit 25 000 Arbeitern eine Zuckermenge gegeben, die auf den Kopf der Bevölkerung im ganzen Jahre wenig mehr als ein Pfund ausmacht. Diese Menge kann dabei ebensoviel mit Recht beansprucht werden, wie die oft bemängelten Rationierungen für Weinzucker und Bierzucker. Diese Rationierungen sind dem Gefambeitrag nach (etwa 500 000 Zentner) nicht groß und unentbehrlich, weil der Wein 1918—19 ohne Zucker zum großen Teil unverwertbar gewesen wäre, und weil ohne Zuckererzeugung die auch für die Obstbaumbefruchtung wichtige Bienenzucht vernichtet werden würde. Zur Ausfuhr wird Zucker nur verboten, soweit er in zuckerhaltiger Ware (Kondensmilch usw.) wieder hereinkommt.

Die im Schleichhandel vertriebenen Zuckergüter können natürlich nicht festgestellt werden, werden aber offenbar überschätzt. Ein gestohlerer Waggon Zucker ist für den Schleichhandel eine erhebliche, für den Gesamtlandsverbrauch aber eine geringe Menge. Die Belästigung des Zuckerschleichhandels ist, wie die allen Schleichhändler, sehr schwer, da die Schleichhändler mit allen Hunden gehetzt sind. Als Ausgangsstellen für den Schleichhandelzucker kommen die Zuckerefabriken nicht in Frage; diese sind schon im Interesse der Zuckermüter genau kontrolliert. Der meiste Schleichhandelzucker kommt aus Veruntreuungen, besonders aus Viehzahl und Raub, auch kommt es vor, dass Betriebe, die Zucker zur Verarbeitung zugeteilt erhalten, ihn zum Teil zu unerlaubter Verwendung abgeben. Besonders ärgerlich ist das Auftreten von Schleichhandelszucker in Kurzwaren, z. B. in Süßigkeiten. Diese Auswüchse zu bekämpfen, ist Sache der örtlichen Polizei. Sie hat dabei eine ausgezeichnete Handhabe in der Verordnung über die Höchstpreise für Süßigkeiten, indem sie alle Verkaufsstellen, in denen Süßigkeiten über Höchstpreise abgesetzt werden, einfach schließen kann.

## Unsere Kolonien.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Kolonien lässt bestehende Staat erkennen, welche den Ausfuhrhandel des letzten Berichtsjahrs (1913) im einzelnen und nach Gruppen getrennt wiedergibt. Im Ausfuhrhandel unserer Kolonien stand damals Deutsch-Südwestafrika mit 69,1 Millionen Mark an der Spitze. Es folgten: Kiautschou (58,9 Mill.), Deutsch-Ostafrika (33,5 Mill.), Kamerun (27,8 Mill.), Neu-Guinea (11,5

früher ihm angehörten und jetzt anderen Staaten wiesen sind. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Staates einschließlich autonomen Gebietes südlich der Karpaten an. Die genaue Grenze zwischen Österreich und dem neuen Staate wird von einem Ausschuss aus sieben Mitgliedern festgesetzt, von denen fünf von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten und je eines von Österreich und der Tschecho-Slowakei ernannt werden.

### Das Arbeiterrecht.

In einer Antwortnote Clemenceau auf deutsche Vorschläge hinsichtlich der internationalen Regelung des Arbeiterrechts wird erklärt, dass die Vertreter Deutschlands in kürzer Zeit mit gleichen Rechten in die internationale Arbeiterkonferenz aufgenommen werden würden.

### Mündliche Verhandlungen?

Der Pariser Korrespondent des "Daily Herald" meint: Hier neigt man zu der Ansicht, dass die Alliierten die deutschen Vorschläge als Grundlage für erste Verhandlungen annehmen könnten. Er erfahren, dass drei Mitglieder des Viererrats willens sind, mündliche Verhandlungen zugelassen. Es besteht also damit Aussicht auf weitere Verhandlungen, und es sei auch sehr gut möglich, dass Deutschland in der Frage der westlichen Grenze wichtige Zugeständnisse gemacht werden.

### Ablehnung?

Das "Echo de Paris" glaubt zu wissen, dass die von Clemenceau im Namen der Alliierten auf die deutschen Vorschläge zu erstellende Antwort in einer begründeten Ablehnung bestehen wird. Deutschland müsse die Bedingungen vor dem 15. Juni annehmen.

### Der Völkerbund.

Laut einer Meldung der "Times" aus Washington haben die Führer der republikanischen Partei im Senat beschlossen, der Friedenskonferenz ihre bestimmt Wünsche zu übermitteln, dass der Friedensvertrag vom Völkerbundstag abgetragen wird.

### Abrüstung.

Der "Empire" meldet, dass der Viererrat die bewaffnete Macht der Mittelmächte, und zwar alle Nationen in Mitteleuropa, einer starken Einschränkung unterziehen wird. Tschecho-Slowaken wird man vielleicht mehr als 50 000 Mann unter den Fahnen zu halten.

### Die Triumvirat.

Der bisher an der Friedenskonferenz beschäftigte Verhandlungsmittel Crespi wird nach dem "Corriere della Sera" wahrscheinlich durch den Unterstaatssekretär Conti ersetzt werden.

Aus Paris wird gemeldet: Es verlautet, dass Italien und Frankreich in einer Besprechung mit der amerikanischen Friedensabordnung zugesammengestellt haben, dass zwischen Südtirol und Italien ein Pufferstaat gebildet wird, und dass die Enklave von Fiume dieser Pufferstaat sein wird. Die slawischen Abgeordneten haben lediglich einen Vorbehalt bezüglich der Begrenzung dieses Gebiets gemacht.

### Allerlei Nachrichten.

#### Die Leiche Rosa Luxemburgs gefunden.

Eine Nachricht, dass die Leiche Rosa Luxemburgs im Landwehrkanal in Berlin gefunden worden ist, wird an zuständiger Stelle bestätigt. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, der den Vorsitz im Prozess Liebknecht-Ledebour führte, konstatierte mit dem Reichswehrminister Nagel über die durch die Auffindung der Leiche geschaffene Lage. — Der "Vorwärts" berichtet: Am Laufe des Sonntags ist die Leiche der Frau Rosa Luxemburg durch ein militärisches Kommando aus dem Schauhaus entnommen und nach Jossen gebracht worden. Erst im Laufe des Sonntags Nachmittags wurde dem Untersuchungsrichter im Falle Rosa Luxemburg, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, vom Polizeipräsidium mitgeteilt, dass vermutlich der Körper der Frau Luxemburg an der Kreishauptstadt gefunden und nach dem Schauhaus gebracht worden sei. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt begab sich zum Reichswehrminister und wurde von dem Adjutanten Rosses, Major von Gillo, empfangen, und dieser bestätigte den Untersuchungsrichter, dass in der Tat die aufgefunde Leiche noch Jossen geschafft worden sei, um die Sektion nicht zu fören und um politische Demonstrationen zu vermeiden. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt protestierte sofort in schärfster Weise gegen den Eingriff des Reichswehrministers in das Amt des Richters. Als Untersuchungsrichter habe nur er das Recht, über die gefundene Leiche zu verfügen und deren Sektion anzuordnen.

### Von König Ludwig.

Der "Daily Express" meldet aus Genf: Der bejahrte frühere König von Bayern zeigt Zeichen geistiger Erholung. Ein ärztlicher Spezialist aus München ist in Biel eingetroffen. Auch Kronprinz Rupprecht wird aus Luzern erwartet.

### Bayerischer Landtag.

Der bayerische Landtag hielt am Montag in Gegenwart des Gesamtministeriums die langerwartete politische Aussprache. Nach der Bildung eines aus allen größeren Parteien zusammengesetzten Ministeriums fiel natürlich diese Aussprache anders aus, als sie im Anschluss an eine demokratische Interpellation über die Mäteregierung noch vor zehn Tagen sich gestaltet haben würde. Ministerpräsident Hoffmann legte eine Art Seelenbericht über seine Bamberg Regierungstätigkeit, über sein anfängliches Zurücktreten vor dem Bürgerkrieg und über die Rücksicht gegen München ab, wonach nun auch die Milde gegen die Verschwörer nicht vergessen werden dürfe. Warme Worte für die Wälzer, das Bekenntnis Bayerns zum Reich und der Willen, arbeitend aufzuhören, wenn ein eiträglicher Friede zustande kommt, schlossen die Aussprüchen des Ministerpräsidenten.

Gleichzeitig der Reden der Opposition im bayerischen Landtag teilte der Ministerpräsident mit, es sei vor getrauter Zeit dem König und den Mitgliedern des königlichen Hauses gesagt worden, dass ihrem Aufenthalt in Bayern kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Staatsrat Holler teilte als Finanzminister mit, dass bis zum Ende des Jahres die Schulden Bayerns bei der Staatsbank einen ungedeckten Betrag von 800 Millionen Mark aufweisen werde, zu deren Deckung dem Landtag neue Vorschläge zugehen werden.

## Die Bedeutung der deutschen Nahrungs- u. Genussmittel (Kolonien).



Die Ausfuhr aus den deutschen Kolonien 1913 (nach amtlichem Material).

### Ausgewiesen.

Die bayerische Regierung in Bamberg bestätigt die Nachricht, daß der bayerische Regierungspräsident im Rheinland, von Wiedenstein, aus der Sitzung ausgewiesen worden ist.

### Einigung der Sozialdemokratie?

Mitglieder der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen haben sich nun gestellt, vom 21. bis 23. Juni im Ständesaal des Reichstages in Berlin zusammenzutreffen, um über die Möglichkeit, eine Einigung der gesamten Sozialdemokratie herbeizuführen, zu beraten. Die Verantwortliche dieser sozialistischen Tagung aus den beiden Lagern sind sich in der entschiedenen Verfestigung des Kriegsgefangenentwurfes einig und werden wohl auch in der späteren Bezeichnung des Kriegsgefangenentwurfes die Einigungsgrundlage für die beiden Richtungen suchen.

### Der "Manchester Guardian" für die Verständigung mit Deutschland.

"Rotterdam, 21. Mai. Der Pariser Korrespondent des "Manchester Guardian" meldet, es bestehe die Möglichkeit, daß die deutschen Verteilungen verständigerweise behandelt werden. Man müsse bedenken, daß das französische Volk den Frieden wolle. "Manchester Guardian" erinnert in einem Leitartikel für den Verhandlungsfrieden ein und fordert die Volksabstimmung in den französischen Gebieten, bevor die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Kaiserbund.

### Ein selbständiger ostdeutscher Staat?

Bromberg, 29. Mai. Wie der Telegraphen-Union und Westpreußen mitgeteilt wird, tritt man sich mit dem Gedanken, Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als einen selbständigen Staat unter der Präsidentschaft des Bischofs von Ermland einziehen zu lassen. Seine Selbstständigkeit hat das Bisium Ermland jahrhundertlang behauptet. Der jetzige Bischof entstammt einer demokratischen Familie und ist bekannt wegen seiner Toleranz gegen Menschen und Freiheit.

## Zur Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums am 30. Mai bestimmt, daß bei Anstellungen in Angestellten nicht nur in den im § 9 der Verordnung vom 24. Januar vorgegebenen, sondern in den Fällen der Angestellenausschüsse oder die sonstige Angestelltenvertretung zur Mitwirkung herangezogen werden muß. Von dieser Vergünstigung werden auch diejenigen Angestellten betroffen, deren Entlassung zum 31. Mai ausgesprochen war.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsinnenministers kann die Frist für die Ausstellung der Vermögensverzeichnisse allgemein bis zum 30. Juni 1919 verlängert werden. Steuerpflichtige mit Vermögen von weniger als 10 000 Mark sollen in Aussicht und späterer Einreichung des Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Bei Vermögen (einzel. Schuldbuchforderungen) wird auf die Höhe von Aus- (Steuer-)wert und die Gesamtsumme verzichtet. Bei verschiedenen großen Städten der neuen Wertpapiere genügt in der Spalte "Stückzahl" ein Beitrag "Diverse Stücke". In Spalte "Kennwert" ist unter allen Umständen nicht der Kennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Dem Vorstande des Staatsausschusses ist ein Schreiben des Vorsitzenden von Reuß zugegangen, in dem die Vereinigung der beiden Freistaaten Reuß zu den Staaten laut einstimmigem Beschuß des gemeinsamen Landtages mitgestimmt wird. Am Schlusse des Schreibens vertritt der Vorsitzende von Reuß den Gedanken eines einheitlichen deutschen Volksstaates.

Das Buch des früheren Reichskanzlers von Bismarck Hollweg unter dem Titel "Beiträge zum Weltkriege wird Anfang Juni in Berlin erscheinen.

Der Reichspräsident empfing am Samstag einen Vertreter der "Deutschen Allgemeinen Zeitung", machte ihm Mitteilungen über die politische Lage. Dabei sagte er u. a.: In der feindlichen Presse steht die Meinung vertreten, daß bei Aufrechterhaltung der von dem Verbande vorgeschlagenen Friedenbedingungen das heutige Ministerkabinett zurücktreten und durch andere, zur Unterschrift bereite Männer kommen werden würde, sodass dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsregierung der Friedensschluß durch Reichspräsident erfolgen muß, also durch Übereinstimmung von Kammerversammlung und Staatsausschuss. Die Kammerversammlung hat sich aber bis zur erdrückenden Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesetzt. Der Staatsausschuss stellte sich einstimmig auf den Boden, sodass ich mit nicht vorsieben kann, wie in dieser Frage anders denkendes Kabinett das in der Verfassung notwendige Vertrauen der Kammerversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett ist nur möglich, wenn die demokratischen Errungenungen der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, besiegt würden.

Sahkretschke erneut eingeladenen Anfragen, was bezüglich der Abfindung anlässlich der Heeresverminderung aus dem Dienst der Offiziere beabsichtigt sei. Der Kriegsministerium nochmals zu der Erwähnung, daß für Belehrung kein Anlaß gegeben sei, hierbei vorbereitete Abfindungsgesetz unterliegt den vorgeschriebenen Mitwirkung der anderen in kommenden Ministerien. Eine Veröffentlichung soll zunächst, um nicht Hoffnungen zu erwecken, vielleicht nicht in Erfüllung gehen und die Wirkung umschlagen.

An Stelle des Herrn von Storch wurde Geherr der Coergergouvernement Brügger aus dem Kultusministerium zum Regierungspräsidenten von Nürnberg und Stelle des Regierungspräsidenten von Trier, Regierungsschultheiß aus dem Landwirtschaftsministerium ernannt. Der Regierungspräsident von Trier ist nachgewiesen worden.

### Ungarn.

Das "Neue Wiener Tageblatt" erhält aus Budapester Meldung, die ungarische Räte regierung bereit erklärt, zurückzutreten, um einer

Regierung Platz zu machen, an deren Spitze Garami stehen soll. Garami gehört zu dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei und war Handelsminister im Kabinett Michael Karolyi. Die neue Kabinettbildung soll in Einvernehmen mit der Szegediner Gegenregierung vor sich gehen und ist jedenfalls auf ein Abriß des größten Teiles der Arbeiterschaft von der kommunistischen Partei zuzulassen.

## Nassauische Landesbank u. Sparkasse im Jahre 1918.

Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Direktion der Nassauischen Landesbank teilen wir folgendes mit:

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahre stand wie in den Vorjahren ganz unter dem Einfluß der durch den Krieg geschaffenen besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse. Das Waffenstillstandsabkommen und die Resolution zeitigten besondere Erscheinungen auf dem Gebiet des Geldverkehrs, die sich hauptsächlich durch starke Abhebungen im Spar- und Kontokorrentverkehr bemerkbar machten.

Der in dem letzten Jahr bereits festgestellte starke Geldzufluss erhöhte sich in erheblichem Maße. Die Geldflüssigkeit war für den Abfall der Landesbank-Schuldverschreibungen von günstigem Einfluß. Es wurden im ganzen rund 25,5 Millionen Mark abgesetzt und zwar hauptsächlich 4%ige zu steigenden Raten.

Erheblich stärker war der Zugang der Spareinlagen, der eine bisher niemals erreichte Summe des Einlagebestandes um rund Mk. 70 000 000 — erbrachte, so daß sich der Einlagebestand Ende 1918 auf 277 Millionen Mk. erhöhte.

Gleichfalls in bisher nicht erreichtem Maße wuchs der Betrag der Deposten- und Kontokorrent-Gelder, die um 35 Millionen Mk. zunahmen und damit einen Bestand von 88 Millionen Mk. erreichten.

Sehr erheblich war die Zunahme der offenen Depots, deren Nennwert sich um 34 Millionen auf 282 Millionen Mk. erhöhte, während die Postenzahl der Depots um 2683 auf 23 745 stieg.

Auch die Ansatzfähigkeit stand ganz unter dem Einfluß der durch den Krieg geschaffenen besonderen Lage. Die Nachfrage im Hypothekengeschäft war gering. Dagegen verstärkten sich die Rückzahlungen noch gegenüber dem Vorjahr, so daß eine Verminderung des Hypothekenbestandes von Landesbank und Sparkasse um insgesamt 8 Millionen Mk. eintrat.

Im Vordergrund standen demgegenüber die eigentlichen Kriegsaufgaben, nämlich in erster Linie die Beteiligung an der Bezeichnung und die Vermittlung freudner Bezeichnungen auf die 8. und 9. Kriegsanleihe. Es konnten insgesamt gezeichnet werden:

auf die 8. Kriegsanleihe 62,8 Mill. Mk. in 77 006 Posten auf die 9. Kriegsanleihe 45,6 Mill. Mk. in 29 970 Posten zusammen für alle Bezeichnungen 432 Millionen Mk. in 445 175 Posten. Eine weitere wichtige Aufgabe bildet die Gewährung von Vorschüssen an Gemeinden, Kreise und sonstige Kommunalverbände, die eine Höhe von 93 Mill. Mk. erreichten.

Aus den Betriebsüberschüssen mussten erhebliche Beträge für die Ergänzung der Rücklagen und für die Absicherung auf Wertpapiere verwendet werden. Zur Versorgung des Kommunalverbandes bleiben Mk. 600 000.—

Von weiteren Kriegsaufgaben seien noch erwähnt: Die Verwaltung der Nassauischen Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit für Kriegsteilnehmer und die Verwaltung der Kriegshilfskasse für die selbständigen Kriegsteilnehmer des Mittelfeldes.

Infolge der durch das Geldeinkommen hervorgerufenen Knappheit an Geldeinheiten entschloß sich der Bezirkverband zur Ausgabe eines Kriegsnotgeldes unter Vermittlung der Nassauischen Landesbank. Es wurden bis zum Jahresende etwa 5 Millionen Mk. in 5, 10, 20 und 50 Mark-Scheinen in den Verkehr gebracht. In Stelle des bisherigen Landeskongressgesetzes vom 6. April 1902 trat am 1. Oktober 1918 die vom Kommunaltag am 10. Mai 1918 beschlossene durch Königliche Verordnung vom 5. September 1918 genehmigte Satzung der Nassauischen Landesbank und der Nassauischen Sparkasse, die u. a. die Ausdehnung der Belehrungsgrenze für Hypotheken von 50 auf 60%, des Wertes und die Hergabe zweiter Hypotheken bis zu 75% des Wertes gegen Gemeindebürgschaft gestattet.

Die Nassauische Lebensversicherungsanstalt wurde unter Ausdehnung ihres Geschäftsbereites auf den Regierungsbezirk Cassel zu einer Hessen-Nassauischen Lebensversicherungsanstalt ausgebaut, deren Verwaltung durch die Direktion der Nassauischen Landesbank und der Landescreditkasse in Cassel unter Beteiligung der Kommunalanlage der beiden Regierungsbezirke geführt wird, während die laufenden Geschäfte durch den Direktor Dr. Weiß wahrgenommen werden.

## Lokale u. Vermischte Nachrichten.

### Steuerverhältnisse.

Eltville, 3. Juni. Für die Folge werden hier erhoben: 150 Prozent Einkommensteuer, 150 Prozent Gewerbesteuer, 100 Prozent Betriebssteuer und 2% Grundsteuer.

### Landwirtschaftskammerwahlen.

Rüdesheim, 3. Juni. Die stattgehabten Wahlen zur Landwirtschaftskammer in den Kreisen Rheingau und St. Goarshausen hatten folgendes Ergebnis: Rheingaukreis: Wiedergewählt: Landesökonomierat O. L. Rüdesheim; neu gewählt: Landwirt August Ettlinger-Hattenheim. Kreis St. Goarshausen: Wiedergewählt: Landrat a. D. August St. Goarshausen und Bürgermeister Wiegand Himmelhofen.

### Eröffnung des Bades Langenschwalbach.

Bad Langenschwalbach, 1. Juni. Das Stahl-, Moor- und Nervenbad Langenschwalbach im Taunus, Brückenkopf Mainz, eröffnete am 1. Juni seinen vollen Betrieb. Die französische Verwaltung ist der Stadt weitgehend entgegengekommen. Sie erkennt, daß die einzige Industrie

des Ortes nicht unterbunden werden darf. Auch für Verpflegung ist gut gesorgt.

### Rheindampfer als Lazarettschiffe.

+ Vom Mittelrhein, 3. Juni. Von der englischen Behörde wurden die Saloon- bzw. Oberdeckboote "Undine" und "Niederwald" der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu Lazarettschiffen bestimmt. Die beiden Dampfer tragen am Mast die weiße Fahne mit dem roten Kreuz und den Vermerk Station Köln.

### Zur Warnung.

\* Am 24. Mai wurde der deutsche Staatsangehörige Max Schneider, von einem französischen Grenzposten erschossen, als er versuchte 21 Pakete mit 42 Kilogramm Schokolade über die Grenze zu schmuggeln, um sie nach Frankfurt zu bringen. Der Posten hatte mehrere Schmuggler angehalten und festgestellt, daß sie keine Reise-Ausweise besaßen. Auf seine Aufforderung, ihn auf die Wache zu begleiten, flohen die Leute. Da aber die Missstätter auf die übliche Aufforderung nicht stehen blieben, schoß zuerst der Posten zwei Schüsse in die Luft ab, und als er sah, daß sie dieser Warnung nicht nachkamen, gab er den dritten Schuß ab und verletzte den Schneider am Unterleib. Der Verwundete starb drei Stunden später. So bedauerlich solche Vorfälle auch sein mögen, gereicht es dem Posten zur Ehre, seine Pflicht erfüllt zu haben. Die Schmuggler werden jeden Tag zahlreicher und auch vermehriger, sodass die französischen Militär-Behörden, trotz ihres Wohlwollens, derartige Verletzungen ihrer Befehle nicht dulden können. Es liegt ebenfalls im Interesse der ganzen Bevölkerung, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Verwaltungsbehörden werden die Einwohner auf die Gefahren ausmerksam machen, welche sie durch diese Nichtbefolgung der gegebenen Befehle und durch Ungehorsam gegenüber den Posten aussiehen.

Vogels Flucht. In der Angelegenheit der Flucht des Oberleutnants Vogel wird von maßgebender Seite nach eingehender Wiedergabe des ganzen Sachverhaltes der in der Presse gegen die Passagiere des Auswärtigen Amtes erhobene Vorwurf, daß die Identität des auf dem Bureau Erschienenen mit der auf der Photographie dargestellten Persönlichkeit nicht nachgeprüft habe, zurückgewiesen. Die Prüfung ist allein Sache der Polizeibehörde und late nach den Angaben des geholzten Passes bereits stattgefunden. Der Bericht des deutschen Gesandten im Haag besagt, daß die Nachrichten über den Aufenthalt Vogels unter dem Schutz oder bei der Gefandschaft frei erfunden ist. Inzwischen gehen die Nachforschungen in Holland weiter. Sowohl genügend Unterlagen vorhanden sind, wird das Auslieferungsverfahren bei der helländischen Regierung beantragt werden.

Kapitänleutnant von Mücke, der Erste Offizier der "Emden", hat nach der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" seine Marinelaufbahn aufgegeben und ist als Landgutsbesitzer auf dem Gut Eldena bei Greifswald eingetreten.

Die Festung Mainz wird mit dem Friedensschluß aufzuhören zu bestehen. Schon gegenwärtig werden die ausgedehmten modernen Festungswerke dem Erdoden gleichgemacht bzw. zugeschüttet.

Wertpapierbeschaffung. Nach englischen Meldungen werden aus Ungarn und Österreich große Mengen Wertpapiere nach der Schweiz geschmuggelt. Reiche Ungarn schicken Wertpapiere mit Flugzeugen nach Wien, von wo sie durch neutrale Vermittlung nach der Schweiz gehen. Man behauptet, daß bereits über 200 Millionen Pfund Sterling auf diesem Wege fortgegangen sind. Auch werden viele österreichische Banknoten nach Prag geschmuggelt, wo man sie gegen ein halb Prozent abschmälen lassen kann, wodurch sie 50 Prozent mehr Wert erhalten als in Österreich selbst.

In geistiger Umnachtung. Aus Nördlingen in Bayern wird berichtet, daß der sittliche Oberförster Bogler in geistiger Umnachtung seine Ehefrau, seine drei Kinder und dann sich selbst erschossen hat. Er stand als Offizier im Felde und hatte eine sehr schwere Kopfverletzung davongetragen, die jedenfalls die Ursache des Leidens gewesen war.

### Weinzeitung.

= Kloster Eberbach i. Hbg., 4. Juni. Die Preußische Domäne brachte hier 76 Rummern 1916er, 1917er und 1918er Weine aus dem Steinberg und Lagen der Gemeinde Hattenheim sowie Marcobrunner zur Versteigerung. Dabei wurden für das Stück 1918er Hattenheimer bis zu 20 220, 26 100, 30 100, 30 420, 32 080, 34 040 und 34 780 Mk. 1917er Steinberger 55 660, 58 760, 60 400 Mk. 1918er Steinberger 98 200, 100 200 Mk. erzielt. Im übrigen kosteten 52 Halbstück 1918er Steinberger 8890—14 120 Mk., 12 Halbstück Hattenheimer 8310—10 110 Mk., 2 Halbstück Gräfenberger 18 050, 15 050 Mk., 4 Halbstück Marcobrunner 15 210—17 390 Mk., zusammen 795 800 Mk., durchschnittlich das Halbstück 11 369 Mk., 3 Halbstück 1917er Steinberger 27 830, 29 380, 30 200 Mk., zusammen 87 410 Mk., durchschnittlich das Halbstück 29 187 Mk., 2 Halbstück 1918er Steinberger 49 100, 50 100 Mk., zusammen 99 200 Mk., durchschnittlich das Halbstück 49 600 Mk. Der gesamte Erlös stellte sich auf 982 410 Mk. ohne Kosten. — In den drei diejährigen Weinversteigerungen der Preußischen Domäne in Rüdesheim, Eltville und hier wurden 1 645 510 Mk. erzielt.

+ Nierstein, 4. Juni. Über den Stand der Reben ist durchaus nicht zu klagen, da sie in der besten Weise sich bis jetzt entwickelt haben. In nächster Zeit werden auch in Rheinhessen verschieden grobige Weinversteigerungen stattfinden. Der freihändige Weinverkauf zeigt Leben. Erstellt wurden hier für 10 Stück 1918er 8 500 Mk., in Osthofen für 20 Stück 7000 Mk., in Oppenheim für 7 Stück 8500 Mk., in Wörstadt für 7 Stück 6800 Mk., in Bechheim für 8 Stück 7800 Mk., in Jungenheim für 8 Stück 6600 Mk., in Stadecken für 8 Stück 7000 Mk., in Mettenheim für 10 Stück 7500 Mk., in Alsheim für 12 Stück 7500 Mk., in Nieder-Sausheim für 14 Stück 6500 Mk. das Stück.

### Der teuerste Wein.

\* Eltville, 4. Juni. Wie jetzt bekannt wird, sollen die indirekten Käufer des durch seinen in der Geschichte des Weinhandels unerhört Preis weltberühmt gewordenen 1911er Marcobrunner Amerikaner sein.

Berantwortlich: Adam Etienne, Deitsch.

# Einladung.

Alle Weingutsbesitzer der Gemeinden Oestrich, Mittelheim, Winkel u. Johannisberg werden eingeladen, sich **Freitag, den 6. d. Mts., abends 7½ Uhr** in dem Lokale des Herrn Fritz Altenkirch, „Zum Rheingauer Hof“ in Winkel, zur Besprechung der Lohnfrage einzufinden.

## Mehrere Weingutsbesitzer.

Die Rechnung der israelitischen Kultusgemeinde Eltville für 1918/19 liegt von heute ab bei dem Kultusrechner Bie nstadt 8 Tage lang zur Einsicht der Kultusmitglieder offen.

Eltville, den 30. Mai 1919.

## Der Kultusvorsteher.

Ein großer Transport echter Oldenburger



## Ferkel und Läuferschweine

eingetroffen bei

Arthur Hallgarten, Mittelheim,  
Hauptstraße 23, 2 Minuten vom Bahnhof.

STATT KARTEN:

KATHARINA SCHRAUB  
ADAM KARL NASS

VERLOBTE

MAINZ  
KLEINE EMMERANSTR. 5

WINKEL 1/RHO.  
HAUPTSTRASSE 79

## Elektr. Kupferschnüre

für Zugpendel, Stehlampen, Kochapparate etc. zu billigsten Preisen.

Flack, Wiesbaden, Luisenstr. 44, neb. Res.-Theater  
Telephon 747 frei.

## Durchsichtige Passhüllen

(Celluloid) zu haben bei

Adam Etienne, Oestrich am Rhein.



Die Buchdruckerei  
von Adam Etienne  
Oestrich am Rhein

liefert alle Drucksachen  
für Handel, Industrie und  
Gewerbe, für den häuslichen  
u. gesellschaftlichen Verkehr,  
in jeder gewünschten Ausstattung, in kürzester Zeit  
zu mässigen Preisen - - -

## Bekanntmachung.

### Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4½% Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab,  
für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. J. ab  
in die endgültigen Stücke mit Binschinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasineneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

## Reichsbank-Direktorium.

Havenstein.

v. Grimm.

## Entlassungsanzüge für Kriegsbeschädigte.

1. Die Reichsregierung hat die Mittel bewilligt, um den in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 mit Versorgungsberechtigung entlassenen Kriegsbeschädigten mit niedrigem Einkommen einen Entlassungsanzug zu gewähren.
2. Als niedriges Einkommen in diesem Sinne soll gelten, wenn der betreffende Kriegsbeschädigte in Gemeinden mit weniger als 50,000 Einwohnern weniger als 3000.— Mt., 50,000 bis 100,000 Einwohnern weniger als 4000.— Mt., mehr als 100,000 Einwohnern weniger als 5000.— Mt.
3. Steuerpflichtiges Einkommen besitzt und wird das Steuerjahr 1919/20 angenommen.
4. Wegen der Anmeldung des Anspruchs auf Anzüge wird folgendes bestimmt:

### a) Wiesbaden-Stadt.

Siehe Bekanntmachung in den Lokalblättern.

### b) Landkreis Wiesbaden, Rheingau- und Untertaunuskreis:

Bei sämtlichen Bürgermeisterämtern der vorgenannten drei Landkreise liegen vom 8. Juni 1919 ab Anmeldelisten für die Entlassungsanzüge der Kriegsbeschädigten Rentenempfänger zur Anmeldung auf. Bei der Anmeldung beim Bürgermeisteramt hat der Kriegsbeschädigte folgende Papiere vorzulegen:

1. Rentenbuch,
2. Militär-Pas,
3. Steuerzettel.

Die Bürgermeisterämter haben die Angaben der Kriegsbeschädigten genau nachzuprüfen und sind für richtige Eintragung in die Listen verantwortlich.

4. Dem Wunsch der Anspruchsberechtigten auf einen Anzug zu 2/5 Tragwert wird nach Möglichkeit entsprochen. Es wird jedoch bemerkt, daß die Güte der Zivilanzüge je nach Herkunft und Herstellungsart ungleich ist. Ein unbedingter Anspruch, zwischen Zivil- oder umgeändertem Militäranzug zu wählen, kann bei der äußersten Knappheit an Beständen leider nicht zugestanden werden.
5. Kriegsbeschädigte, die auf ihren Entlassungsanzug verzichten und an dessen Stelle die Auszahlung der Geldentschädigung in bar wünschen, haben dies bei der Anmeldung ihres Anspruchs zum Ausdruck zu bringen. Für Geldentschädigung anstelle eines nicht empfangenen Anzugs wird der Betrag von Mt. 93,88 vom Kontrollamt bezahlt.
6. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur diesen Kriegsbeschädigten, die zwischen dem 1. Juli 1916 und 9. November 1918 mit Rente entlassen worden sind, für die Anmeldung der Entlassungsanzüge in Frage kommen. Für wissenschaftlich falsche Angaben müssen die Beteiligten zur Verantwortung gezogen werden.

Wiesbaden, den 26. Mai 1919.

## Kontroll-Amt. Versorgungsabteilung.

## Arbeitsjungen

werden noch angenommen in  
den Baumschulen

Gurt Vogt.  
Niederwalluf.

## Geschäfts-Gründung.

Einer geehrten Einwohnergemeinde von Oestrich und Umgebung zur ges. Kenntnis, daß ich am 15. d. J. in dem Hause Schmalgasse 5 eine

## Bau- u. Maschinenschlosserei

eröffne. Übernehme auch Auto- und Fahrradreparaturen.  
Um geneigten Zuspruch bittet

Franz Wastelberger, Oestrich.

Stichweine  
zur  
Effigfabrikation

kauft jede Menge.  
Offeraten mit Probe erbeten.  
Singot-Wein-Effig-Fabrik  
A. Racker, Bingen a. Rh.

Ein schweres  
Zuchtrind  
zu verkaufen.  
Näheres i. d. Exp. d. B.

Ein schönes  
Ziegenlamm  
zu verkaufen.  
Näheres in der Exp. d. B.

Hochträcht-Fahrkub  
zu verkaufen. Näheres Exp.  
dieses Blattes.

Bohnenstangen  
empfiehlt  
Gg. Jos. Friedrich  
Oestrich i. Rhg.  
— Telefon 70. —

Einige 1000 kräftige  
Früh- und  
Spätgemüsepflanzen

preiswert abzugeben.  
Adam Dinger, Gärtnerei  
in Erbach i. Rheingau,  
Eberbacherstr. 65.



Täglicher  
Fuhrknecht

per sofort gefucht. Näheres  
Eltville, Woerthstr. 2.

Bursche,  
14—17 Jahre alt, für  
Arbeit auf gleich gefucht.  
Frl. Mila Baumann,  
Baumann's Hof,  
Bott-Schlängenbad — Tel. 1.

Ordend-Mädchen,  
welches loschen kann und  
Haushalte verleiht für  
loft bei hohem Lohn gelöst.  
Knapp, Wiesbaden,  
Gerichtsstraße 1.

Ein solides  
braves  
das etwas loschen kann,  
einem älteren Chepar.  
Biebrich gesucht.  
Frau Kettner Meier,  
Biebrich, Rheinstr. 1.

Geucht für sofort  
Monatsmädchen  
oder Frau für Haushalt.  
Wittigseien wird gelöst.  
Dipl.-Ing. Sonnemann,  
Reichartsbauer.

Braves Neißiges  
Mädchen  
auf 15. Juni zu kinder-  
paar gesucht. Beste Vergütung  
und guten Lohn. Näheres  
der Exp. des Bürgermeisters.

Möbel  
Kompl. Schlafzimmer  
Wohnzimmer-Möbel.  
Einzelne Möbel  
Vertikos, Kleidervertikos,  
Schranken, Tische,  
Stühle usw.  
zu den billigsten Preisen.

Rauchhaus  
Mar Eis,  
Spezial-Akt. für Eis  
Eltville. Telefon 22.